



MARX'STISCHER
STUDENTEN-
BUND

SPARTAKUS

fachgruppe jura

AUFRUF ZUR VV

Die Justizausbildungsreform steht vor ihrer entscheidenden Weide: werden mit der Neufassung der JAO endlich die Grundsätze des hamburgener Modells verwirklicht oder entsteht wieder einmal ein technizistisches Paragraphenwerk, das sorgfältig jeglichen Fortschritt in der Ausbildungsreform abblockt.

Die Erfahrungen bei den Beratungen zum Ersten Teil der JAO, der die Ausgestaltung des Universitätsstudiums im Rahmen der Zwei-Phasenausbildung regelt, haben bereits gezeigt, daß Fachbereichsrat und Justizbehörde nicht bereit sind, fortschrittliche Veränderungen vorzunehmen, wie z. B. die Abschaffung der Examensklausuren, was ein deutlicher Schritt zur Verwirklichung des hamburgener Modells gewesen wäre.

Die Justizbehörde plant nunmehr der neuen JAO einen besonderen Teil anzufügen, der die Grundsätze der einphasigen Ausbildung regeln soll. Es steht zu befürchten, daß dieser Teil wiederum von Fachbereichsrat und Justizbehörde so ausgehandelt wird, daß gerade die progressiven Teile des hamburgener Modells wie Abschichtung des Prüfungsverfahrens, Wegfall der Klausuren herausgemauschelt werden.

Dagegen muß sich der entschiedene Widerstand von Studenten und Referendaren richten!

- Nur bei einer paritätischen Beteiligung der in der Ausbildung Stehenden an allen Beratungen über die neue JAO kann eine reformfeindliche Mausechelpolitik verhindert werden!
- Nur bei entsprechend abgesicherter Mitbestimmungsbefugnis ist gewährleistet, daß das Interesse der Studenten und Referendare an einer baldigen Verwirklichung des von ihnen mit entwickelten Hamburgener Modells nachdrücklich zum Ausdruck gebracht wird.

Wie notwendig eine demokratisch zustande gekommene JAO ist zeigt ein Blick in den Behörden-Entwurf zur Referendarausbildung. Dort wird bestimmt, daß ein Student dann nicht zum Referendar ernannt werden darf, wenn aus seinem Verhalten die Nicht-Eignung zum Referendar-Dienst spreche.

Wem damit die Eignung abgesprochen werden soll, ist uns allen nach dem Verhalten der hamburgener Schulbehörde gegen Bernhard Laux und die Ablehnung von Prof. Holzer durch den Bremer Senat hinlänglich bekannt.

Es soll damit die Handhabe geschaffen werden, um den Justizbereich vor unbequemen demokratischen Kräften abzuschirmen.

Die Einführung solcher Gummi-Paragrafen muß auf jeden Fall verhindert werden!

Am Fall Laux wird deutlich, daß Behörden selbst zu verfassungswidrigen Mitteln greifen, um sich lästige Demokraten vom Halse zu halten.

Gegen den Abbau verfassungsmäßig geschützter Grundrechte, wie sie in Art. 4 und 5 GG sowie in Art. 33 Abs II und III GG niedergelegt sind, müssen wir rechtzeitig und in aller Entschiedenheit auftreten!

Nur so können wir verhindern, daß das Beispiel Laux Schule macht.

Darum:

kommt zur VV do 11 h

' Kämpft mit dem Fachschaftsrat um eine fortschrittliche JAO

' Protestiert gegen die Nichteinstellung von Bernhard Laux

Darum:

Kämpft mit dem ASTA gegen das Berufsverbot von fortschrittlichen Lehrern, Professoren, denn wie das Beispiel des Gerichtsreferendars Michels in NRW gezeigt hat, sind wir Juristen davon genau so betroffen!

kommt zum asta-hearing am fr 12.11.

zum fall holzer-laux

19^h audimax

ver-antw. U. Mayer

Eigen druck

M193